

An den Grossen Gemeinderat

Winterthur

Beantwortung der Interpellation betreffend Weiterbeschäftigung von Lehrabgängerinnen und Lehrabgängern in der Stadtverwaltung Winterthur, eingereicht von Gemeinderätin B. Konyo Schwerzmann (SP)

Am 7. Dezember 2009 reichte Gemeinderätin Betty Konyo Schwerzmann namens der SP-Fraktion mit 31 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichnern folgende Interpellation ein:

"Junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind immer als erste und besonders stark von Wirtschaftskrisen betroffen. In der Schweiz hat sich die Arbeitslosigkeit unter den 20-24 jährigen innert eines Jahres mehr als verdoppelt – auf 5,1 Prozent. Konkret bedeutet dies, dass mehr als 20'000 Jugendliche in der Schweiz ohne berufliche Perspektive auf der Strasse stehen.

Lehrabgängerinnen sind motiviert, sie wollen arbeiten. Doch ohne Berufserfahrung nach der Lehre ist ihre Chance, eine Arbeitsstelle zu finden, deutlich kleiner. Wenn Jugendliche den Einstieg in die Arbeitswelt nicht schaffen, wird ihr Selbstwertgefühl geschwächt und sie erleiden Nachteile. Dies verursacht hohe soziale Kosten. Deshalb muss alles getan werden, damit Lehrbetriebe die Lernenden nach der Berufslehre noch im Betrieb behalten, sofern sie keine andere Stelle finden.

Diese Weiterbeschäftigung soll nicht auf Kosten von Ausbildungsplätzen finanziert werden. Die Stadtverwaltung sollte der Privatwirtschaft mit einem positiven Beispiel vorangehen.

Der Stadtrat wird deshalb gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

- 1. Hat der Stadtrat Kenntnisse über die Beschäftigungsaussichten von Lehrabgängerinnen und Lehrabgängern aus der Stadtverwaltung? Wenn ja, wie sehen diese aus?*
- 2. Sieht der Stadtrat eine dauerhafte Möglichkeit, die Jugendlichen nach Abschluss der Lehre in der Stadtverwaltung mindestens ein Jahr weiter zu beschäftigen, sofern sie keine andere Stelle finden?*
- 3. Sofern noch keine dauerhaften Lösungen geplant sind: Ist der Stadtrat bereit, bis zum Austritt des nächsten Jahrgangs im August 2010 entsprechende einmalige Anschlusslösungen zu planen und anzubieten? (z.B. Praktikumsplätze)."*

Der Stadtrat erteilt folgende Antwort:

Es ist dem Stadtrat ein grosses Anliegen, Lehrstellen in unterschiedlichen Fachbereichen anzubieten, um jungen Menschen eine solide Ausbildung zu ermöglichen. Ebenso wichtig ist es, dass die Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger nach dem Abschluss ihrer beruflichen Grundbildung über eine Anschlusslösung verfügen (innerhalb oder ausserhalb der Stadtverwaltung), um wichtige erste Berufserfahrungen zu sammeln, die für die weitere berufliche, aber auch für die persönliche Entwicklung eine wesentliche Rolle spielen.

Es ist zudem sehr wichtig, dass Lehrabgänger/innen über Perspektiven verfügen. Junge Menschen sollen eine Chance bekommen, Berufserfahrungen zu sammeln, nach denen der Arbeitsmarkt in hohem Masse verlangt, und es sollte verhindert werden, dass sie aufgrund fehlender Berufserfahrung beim Eintritt ins Berufsleben ausgesprochen hohe Hürden vorfinden. Es besteht die Gefahr, dass auf diese Weise Arbeitslosigkeit und Abhängigkeit, aber

auch der Verlust von Leistungsmotivation auftreten und sich eine Gewöhnung an die materielle Unterstützung durch die öffentliche Hand etabliert. Es ist äusserst demotivierend für Lehrabgänger/innen, das Gefühl haben zu müssen, nirgends gebraucht zu werden und wiederholt hören zu müssen, sie verfügten über zu wenig Berufserfahrung. Neu in den Arbeitsmarkt tretende Personen sind besonders während eines geschwächten Arbeitsmarktes häufig von Einstellungsstopps aufgrund ihrer fehlenden Berufserfahrung betroffen.

Ebenso ist es dem Stadtrat aber auch ein Anliegen, dass die Integration von Lehrabgänger/innen ins Erwerbsleben nicht dazu führt, dass andere Personen, insbesondere ältere Mitarbeitende, aus dem Arbeitsmarkt gedrängt werden.

Zu den einzelnen Fragen:

Zur Frage 1:

"Hat der Stadtrat Kenntnisse über die Beschäftigungsaussichten von Lehrabgängerinnen und Lehrabgängern aus der Stadtverwaltung? Wenn ja, wie sehen diese aus?"

Es ist zunächst zu präzisieren, dass die in der Interpellation eingangs erwähnte Zahl von 20'000 Arbeitslosen unter den 20-24 Jährigen sich nur teilweise auf Lehrabgänger/innen bezieht. Diese Zahl beinhaltet sämtliche Arbeitslose dieser Altersgruppe, also auch Fach- und Hilfsfunktionen, Schülerinnen und Schüler, Studenten und Studentinnen sowie Lernende.

Der Stadtrat kennt die Beschäftigungssituation von Lehrabgängerinnen und Lehrabgängern der beruflichen Grundbildungen der Stadtverwaltung Winterthur. Er informiert sich jährlich Mitte Juli über die aktuellen Beschäftigungsaussichten von Lehrabgängerinnen und Lehrabgängern.

Im August 2009 beendeten 71 Lernende (ohne Metallarbeiterschule, msw) ihre berufliche Grundbildung. Davon konnten 26 (37%) bei der Stadtverwaltung weiterbeschäftigt werden. Deren 25 verfügten über keine Anschlusslösung (Stand: Mitte Juli 2009). Im Januar 2010 führte die Fachstelle Berufliche Grundbildung eine ergänzende Umfrage bei diesen 25 Lehrabgänger/innen durch, um herauszufinden, ob diese mittlerweile eine Anschlusslösung gefunden hatten. 16 Personen (64% der Gefragten) antworteten; von diesen hatten 7 eine Anschlusslösung bereits per Ende Berufsbildung gehabt, und insgesamt 14 hatten eine solche per Anfang 2010. 2 der antwortenden Lehrabgänger/innen waren am 1. Januar 2010 noch auf Stellensuche.

Insgesamt verfügten somit 52 Lernende (73%) über eine Anschlusslösung direkt nach der Berufsbildung (Zusatzlehre, Stelle intern/extern, Reisen, Militär, Weiterbildung etc.). Es ist zu beachten, dass keine Angaben darüber gemacht werden können, ob die Lehrabgänger/innen unbefristete oder befristete Stellen gefunden haben.

Zudem ist zu erwähnen, dass in den letzten Jahren allgemein in der öffentlichen Verwaltung das Lehrstellenangebot gegenüber der Privatwirtschaft teilweise stark ausgebaut wurde. Dies trifft ebenfalls auf die Stadtverwaltung Winterthur zu, welche eine Verdoppelung der Anzahl Lehrstellen in den letzten 6 Jahren aufweist. Gemäss Personalstatistik waren im Jahre 2003 insgesamt 126 Lehrstellen und im Jahr 2009 deren 250 (ohne msw) bei der Stadtverwaltung Winterthur besetzt. Aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen konnten sich die Beschäftigungsperspektiven jedoch nicht parallel dazu entwickeln.

Die Anzahl Lehrabgänger/innen auf Stellensuche mit Lehrabschluss im August 2009 präsentierte sich wie folgt:

Beruf	Total Lehrabgänger/-innen pro Beruf	Davon bei der Stadt Winterthur weiterbeschäftigt	Ohne Anschlusslösung im August 2009	Ohne Anschlusslösung per 1.1.2010
		absolut / in % (im Vergleich zum Total Lehrabgänger/innen)	absolut	absolut (von den Lehrabgänger/innen, welche im August ohne Anschlusslösung waren)
Bauzeichner/in EFZ	1	0 (0%)	0	Nicht erhoben
Elektroinstallateur/in EFZ	1	1 (100%)	0	Nicht erhoben
Fachangestellte/r Gesundheit EFZ	15	3 (20%)	2 (5 ohne Antwort)	0 (5 ohne Antwort)
Fachleute Betreuung EFZ (Betagte)	4	3 (75%)	0	0
Fachleute Betreuung EFZ (Behinderte)	1	1 (100%)	0	Nicht erhoben
Fachleute Betreuung EFZ (Kinder)	2	2 (100%)	0	0
Fachleute Betriebsunterhalt EFZ	6	2 (33%)	0 (2 ohne Antwort)	0 (2 ohne Antwort)
Fachleute Hauswirtschaft EFZ	1	0 (0%)	0	Nicht erhoben
Florist/in EFZ	1	0 (0%)	0	Nicht erhoben
Forstwart/in EFZ	1	1 (100%)	0	0
Gärtner/in EFZ	1	0 (0%)	0	0
Gärtner/in (Anlehre)	3	1 (33%)	0	Nicht erhoben
Geomatiker/in EFZ	2	1 (50%)	1	0
Informatiker/in EFZ	1	1 (100%)	0	0
Fachleute Information & Dokumentation EFZ	1	1 (100%)	0	Nicht erhoben
Köchin/Koch EFZ	5	0 (0%)	0 (1 ohne Antwort)	0 (1 ohne Antwort)
KV B-Profil EFZ	7	3 (43%)	3	1
KV E-Profil EFZ	4	4 (100%)	0	0
KV M-Profil EFZ	6	1 (17%)	1	0
Netzelektriker/in EFZ	1	1 (100%)	0	0
Restaurationsangestellte/r EBA	3	0 (0%)	1	0
Küchenangestellte/r EBA	3	0 (0%)	1 (1 ohne Antwort)	1 (1 ohne Antwort)
Sanitärinstallateur/in EFZ	1	0 (0%)	0	0
	71	26 (37%)	9 (13%), 9 ohne Antwort	2 (2.8%), 9 ohne Antwort

EFZ = Eidgenössisches Fähigkeitszeugnis / EBA = Eidgenössisches Berufsattest
 B-Profil = Basisbildung / E-Profil = Erweiterte Grundbildung / M-Profil = Berufsmatura

Die Fachstelle Berufliche Grundbildung möchte die jährliche Umfrage vom Juli zur Erfassung der Anschlusslösungen zukünftig erweitern und zusätzlich per Lehr-Ende nochmals durchführen, damit präzisere Angaben zu den Anschlusslösungen gemacht werden können, wie z.B. zu Militär, Sprachaufenthalt, Weiterbildung, Zusatzlehre, Anstellung (un-)befristet, Pensum etc. So kann eine jährliche und kontinuierliche Erhebung sichergestellt werden.

Im Gesundheitsbereich fehlt es an guten Fachkräften. Daher sind in den Alterszentren die Bemühungen sehr gross, die Lernenden aus den Gesundheitsberufen Fachleute Gesundheit sowie Fachleute Betreuung (Betagte) weiterzubeschäftigen oder sie für das Studium an der Höheren Fachschule (HF) oder Fachhochschule (FH) zu motivieren. Ebenfalls weist der Bereich Kinderbetreuung zu wenig gelerntes Personal aus. Daher ist die Stadtverwaltung sehr interessiert, diese Lehrabgänger/innen weiter zu beschäftigen.

Aus den untenstehenden Angaben ist ersichtlich, dass die Anzahl arbeitslose Lehrabgänger/innen im Dezember 2009 in der Stadt Winterthur bei 66 Personen (38%) gegenüber dem Kanton Zürich mit 641 Personen (42%) lag:

Arbeitslosenquote der Jugendlichen Stadt Winterthur und Kanton Zürich

Stadt Winterthur

August 2009				September 2009				Dezember 2009			
Alter	Anzahl	AL-Quote	davon Lehrabgänger/innen	Alter	Anzahl	AL-Quote	davon Lehrabgänger/innen	Alter	Anzahl	AL-Quote	davon Lehrabgänger/innen
15 - 19 J.	185	0.36%	70	15 - 19 J.	190	0.37%	67	15 - 19 J.	175	0.35%	66 (38%)
20 - 24 J.	411	0.81%		20 - 24 J.	433	0.85%		20 - 24 J.	429	0.85%	

Angaben vom RAV, Winterthur RAV (Januar 2010)

Kanton Zürich

August 2009				September 2009				Dezember 2009			
AL-Quote (alle Altersgruppen):			3.9%	4.0%			4.4%				
Alter	Anzahl	davon Lehrabgänger/innen	Anzahl	davon Lehrabgänger/innen	Anzahl	davon Lehrabgänger/innen					
15 - 19 J.	1'719	692	1'747	734	1'518	641 (42%)					
20 - 24 J.	3'343		3'343		3'757						

Angaben Amt für Wirtschaft und Arbeit: Zürcher Arbeitsmarkt August 09, September 09 und Dezember 09

Es ist zu beachten, dass nicht alle Jugendlichen ohne Arbeit auch als arbeitslos registriert sind. Daher gibt es keine genauen Zahlen zur Jugendarbeitslosigkeit. Lehrabgänger/innen sind in der Regel nicht lange arbeitslos gemeldet. Da sie flexibel betreffend Arbeitsort und Arbeitsform sind, über neuestes Fachwissen im gelernten Beruf verfügen und tiefe Salär- und Sozialversicherungskosten verursachen, finden sie meistens rasch eine Anstellung. Es ist auch wichtig, dass Lehrabgänger/innen in anderen Verwaltungen oder in der Privatwirtschaft Berufserfahrung sammeln. Für die spätere Positionierung im Arbeitsmarkt stellt der Ausweis einer Beschäftigung ausserhalb des Lehrbetriebs tendenziell eine Stärkung dar.

Zur Frage 2:

"Sieht der Stadtrat eine dauerhafte Möglichkeit, die Jugendlichen nach Abschluss der Lehre in der Stadtverwaltung mindestens ein Jahr weiter zu beschäftigen, sofern sie keine andere Stelle finden?"

Dem Stadtrat ist es wichtig, dass Lehrabgänger/innen – besonders, wenn sie keine Anschlusslösung ausserhalb der Stadtverwaltung haben, aber auch ganz grundsätzlich, soweit geeignete vakante Stellen vorhanden sind – wenn immer möglich in der Stadtverwaltung weiterbeschäftigt werden können. Die einzelnen Amtsstellen prüfen daher und werden regelmässig angefragt, ob offene Vakanzen durch zukünftige Lehrabgänger/innen besetzt werden können. Es ist ein grosses Anliegen, dies auch in der Zukunft sicher zu stellen. Dadurch können immer wieder Anstellungen mit Lehrabgänger/innen vorgenommen werden. In Einzelfällen werden auch unbürokratische Lösungen getroffen, um eine solche Anschlussmöglichkeit zu bieten.

Eine – über die zu Frage 3 gezeigten Möglichkeiten hinausgehende - Garantie, die Jugendlichen nach Abschluss der Lehre in der Stadtverwaltung mindestens ein Jahr weiter zu beschäftigen, sofern sie keine andere Stelle finden, wird aus folgenden Gründen grundsätzlich skeptisch beurteilt: Einmal wird die Situation aufgrund der aktuellen Zahlen für den Platz Winterthur nicht als gravierend beurteilt (auch im Quervergleich zu anderen Regionen, in denen die Arbeitslosenquote deutlich höher ist). Sodann sieht der Stadtrat aufgrund der schwierigen finanziellen Lage der Stadt momentan erhebliche Schwierigkeiten, den Abgänger/innen eine garantierte, einjährige Weiterbeschäftigung anbieten zu können.

Darüber hinaus müssten die rechtlichen Grundlagen für eine solche Garantie zuerst geschaffen werden. Dies wäre ausserhalb der Stadtverwaltung nicht umsetzbar. Schliesslich könnte eine Weiterbeschäftigungsgarantie kontraproduktiv sein, indem das Engagement der Lernenden, sich um eine Stelle zu bemühen, durch Einführung einer solchen Garantie zurückgehen könnte.

Zur Frage 3:

"Sofern noch keine dauerhaften Lösungen geplant sind: Ist der Stadtrat bereit, bis zum Austritt des nächsten Jahrgangs im August 2010 entsprechende einmalige Anschlusslösungen zu planen und anzubieten? (z.B. Praktikumsplätze)"

Die Stadtverwaltung verfügt bereits über einige Instrumente, die das Finden von Anschlusslösungen erleichtern. Einige dieser Massnahmen zur Unterstützung der Lernenden im Abschlussjahr werden unterschiedlich in den einzelnen Berufszweigen umgesetzt. Ihre Anwendung soll optimiert, und zusätzliche Instrumente sollen geprüft werden:

- Befristete Arbeitsplätze in La Chaux-de-Fonds

Für die Lehrabgänger/innen der kaufmännischen Grundbildung werden jährlich zwei befristete Stellen für 6 Monate in der Stadtverwaltung von La Chaux-de-Fonds zur Verbesserung ihrer Französisch-Kenntnisse angeboten, sofern La Chaux-de-Fonds über geeignete Arbeitsplätze verfügt. Im laufenden Jahr 2010 sind momentan 4 Lernende interessiert an dieser Möglichkeit, wobei aber nur 2 von diesem Angebot profitieren können. Die Kosten werden durch das Personalamt Winterthur übernommen. Im Jahr 2009 wurde dieses Angebot von keinen Lernenden in Anspruch genommen. Für die KV-Lernenden ist dieser Stage nur möglich, wenn sie über gute Französischkenntnisse verfügen.

- Unterstützung bei der Suche nach Anschlusslösungen

Durch die neu geschaffene Stelle Leiterin Berufliche Grundbildung soll die stadtweite Koordination und Weiterentwicklung der beruflichen Grundbildung optimiert werden. Dazu gehört auch die Verbesserung des Weiterbeschäftigungsprozesses. Die Begleitung der Jugendlichen im Abschlussjahr soll zusammen mit den Berufsbildungs- und Personalverantwortlichen überdacht und ausgebaut, und es sollen geeignete Instrumente erstellt werden. Folgende mögliche Förder- und Unterstützungsangebote sollen geprüft werden:

- Anspruch auf ein **Standortbestimmungsgespräch** oder eine Informationsveranstaltung für alle Lernenden.
- Nutzung der bereits bestehenden **Stellenbörse** des Personalamtes auch für Lehrabgänger/innen der beruflichen Grundbildung.
- Aufforderung an die einzelnen Amtsstellen, dass geprüft werden soll, ob offene Vakanzen durch zukünftige Lehrabgänger/innen besetzt werden können. Diese Massnahme wird bereits umgesetzt.
- **Schulungen** zu folgenden Themen für alle Lernenden aller Berufsbilder bei Bedarf:
 - Wie weiter nach der Lehre?
 - Stellensuche – gewusst wie?
- **Überbrückung** von Vakanzen mit **temporären Mitarbeitenden** bis im August, damit abschliessend Lehrabgänger/innen weiterbeschäftigt werden können.
- **Merkblatt oder Broschüre "Wie weiter nach der Lehre?"** für alle Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger einer beruflichen Grundbildung.

- Berufspraktika

Anstelle von Praktika soll als weitere Anschlusslösung an eine Berufsbildung die Möglichkeit eines Berufserfahrungsjahrs geprüft werden (siehe nachstehend zu diesem Begriff). Denn Praktika eignen sich für viele berufliche Grundbildungen nicht. Ein echtes Praktikum hat Ausbildungscharakter, muss neue praktische Erfahrungen vermitteln und ist zeitlich befristet. Zudem besteht ein gewisses Risiko, dass sich unter der Anstellungsform "Praktikum" für die Mitarbeitenden nicht selten nachteiligere Konditionen im Vergleich zum Berufserfahrungsjahr etablieren (tiefere Löhne, fehlende Entwicklungsmöglichkeiten, stark eingeschränktes Aufgabengebiet etc.). Das spezifisch schweizerische, duale Berufsbildungssystem zeichnet sich u.a. gerade dadurch aus, dass Lernende über Berufspraxis verfügen, welche sie während der beruflichen Grundbildung erwerben konnten. Praktika sind demgegenüber Ausbildungsgefässe. Daher sind sie nur dann sinnvoll, wenn neben Berufserfahrung Zusatzqualifikationen im erlernten Beruf erworben werden können und somit die Chancen auf eine unbefristete Stelle verbessert werden. Anders ist es, wenn ein Praktikum als Bestandteil einer weiteren Ausbildung absolviert werden muss. Praktikantinnen und Praktikanten dürfen nicht als kostengünstigere Arbeitskräfte eingesetzt werden.

- Berufserfahrungsjahr

Gegenüber dem Berufspraktikum zu bevorzugen ist die Lösung, dass Lernende in denjenigen Berufszweigen, in denen mehr Schwierigkeiten bestehen, eine Stelle zu finden, eine befristete Anstellung in Form eines Berufserfahrungsjahres erhalten, sofern sie keine andere Anschlusslösung gefunden haben. Diese Massnahme soll im laufenden Jahr 2010 erstmals für 6 Lehrabgänger/innen in Form eines befristeten Anstellungsverhältnisses angeboten werden.

- Berufspraktika im Projekt "learn and earn"

Die KAP führt im Auftrag der Arbeitslosenversicherung das Projekt "learn and earn" für den gesamten Kanton Zürich durch. Das Projekt "learn and earn" vermittelt Berufspraktika für Lehrabgänger/innen sowie für Absolventinnen und Absolventen einer Fachhochschule oder anderer Hochschulen. Im 2009 wurden drei Lehrabgänger/innen der Stadt Winterthur via RAV für das Projekt "learn and earn" zugewiesen. Alle haben jedoch schon vor Antritt des Praktikums eine Stelle gefunden.

- Weitere Unterstützungsmöglichkeiten für Lehrabgänger/innen

• Finanzhilfen vom Bund für Weiterbildungen

Der Stadtrat weist daraufhin, dass Lehrabgänger/innen einer Berufsbildung, welche keine Stelle finden, beim Bund Geld für Weiterbildung beantragen können. Bezahlt wird die Hälfte der Weiterbildungskosten, maximal Fr. 5'000.--.

• "Job caddie"

Für Lehrabgänger/innen besteht die Möglichkeit, sich bei Job Caddie zu melden, um eine/n Mentor/in zur Unterstützung bei der Stellensuche zu erhalten.

Der Stadtrat ist bestrebt, den Erwartungen an die Stadtverwaltung sowohl bezüglich des Lehrstellenangebots als auch der Bemühungen, Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger beim Finden von Anschlusslösungen nach Lehrabschluss zu unterstützen, soweit als möglich gerecht zu werden. Das Beobachten der aktuellen Lage hinsichtlich Beschäftigungsaussichten von Lehrabgängerinnen und Lehrabgängern wird von allen Beteiligten als Daueraufgabe wahrgenommen.

Die Berichterstattung im Grossen Gemeinderat ist dem Vorsteher des Departements Kulturelles und Dienste übertragen.

Vor dem Stadtrat

Der Stadtpräsident:

E. Wohlwend

Der Stadtschreiber:

A. Frauenfelder